

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 106 (2012)
Heft: 1

Artikel: No woman : no peace!
Autor: Vermot-Mangold, Ruth-Gaby
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

No women – no peace!

Im Jahr 2005 schickte der Verein 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 eine Liste mit 1000 Namen von engagierten Frauen aus der ganzen Welt nach Oslo. Sie forderten die Jury auf, nicht eine, sondern tausend Frauen mit dem Friedensnobelpreis zu ehren, denn bisher erhielten fast ausschliesslich Männer diesen begehrten Preis – viele Staatsmänner und einige Menschenrechtsexperten. Nur wenige Frauen wurden für ihre Friedensarbeit öffentlich geehrt. Frauen und ihre Friedensarbeit, die sie oft unter Lebensgefahr leisten, waren nicht und nirgends der Rede wert.

In der Initiative ging es vor allem darum, Frauen und ihr Verständnis von Frieden, ihre Beiträge zum Frieden und ihre tägliche Friedensarbeit weltweit sichtbar zu machen. Am 10. Dezember 2011 erhielten nun Ellen Johnson-Sirleaf, Leyman Gbowee, beide aus Liberia, und Tavakkul Karman aus Yemen, den Friedensnobelpreis. Es sind unterschiedliche Frauen – eine Staatspräsidentin, eine Friedensaktivistin und eine junge Journalistin, die mit Hilfe der neuen Medien Menschen gegen die Unterdrückung in ihrem Land anführt.

«No Women – No Peace» - Resolution 1325 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit»

Der Präsident der Jury schloss die Ankündigung, dass 2011 drei Frauen den Friedensnobelpreis erhalten werden, mit dem Satz: «No women – no peace». Dieser Titel trägt auch die grosse Frauen-Friedens-Ausstellung, die im November 2010 in New York eröffnet wurde. Genau vor 10 Jahren wurde die Resolution 1325 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet. Die Resolution fordert die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen ein. Man hat endlich zur Kenntnis genommen, dass an Friedentischen fast ausschliesslich Männer diskutieren. Was Frauen fordern, ist kaum Gegenstand der Verhandlungen. Die Resolution blieb während zehn Jahren unbeachtet liegen, ein zahnloser Papiertiger ohne Massnahmen und ohne Sanktionen. Frauenorganisationen nahmen weltweit dieses seltsame «Jubiläum» auf und stellten ihre Forderungen: keine Friedensverhandlungen ohne die Beteiligung von Frauen!

Was Frauenbeteiligung bewirkt

«Wenn Frauen an Friedensgesprächen teilnehmen, verändert sich der Dialog», schrieben die finnische Ex-Verteidigungsministerin Elisabeth Rehn und die liberianische Präsidentin in einer Studie von UNIFEM¹. «Frauen bestehen meist auf zivilen Konfliktlösungen, sie treten in den Verhandlungen vermittelnder und geschickter auf und bringen neue Themen und Blickwinkel ein, zum Beispiel Fragen der Gesundheit, Ernährung oder Bildung, sexuelle Verstümmelung, Zwangsheiraten oder Landbesitz. Frauen können den Ausbruch neuer Kriege verhüten – aber nur, wenn sie von Anfang an eine gewichtige Rolle in den Verhandlungen haben».

Wenn Frauen nicht vertreten sind, ist das Scheitern von Friedensprozessen fast sicher. «Der systematische Aus-

schluss von Frauen aus offiziellen Friedensprozessen hat schädliche Effekte auf die Nachhaltigkeit von Friedensabkommen», heisst es auch in einem Bericht des EU-Parlaments aus dem Jahr 2000. Wenn Frauen in den neuen Gremien – in Parlament, Regierung, Justiz oder Sicherheitsapparat – des wieder aufzubauenen Landes nicht vertreten sind, dann werden die Interessen und Bedürfnisse der Hälfte der Bevölkerung weiterhin ignoriert, die Gewalt bleibt latent bestehen und die Gefahr neuerlicher Kriege steigt. Wir wissen heute, dass die Dynamik unaufgearbeiteter Schuld und unaufgearbeiteter Opfertraumata Familien und Gesellschaften bis in die dritte und vierte Generation vergiften können. Besonders zerstörerisch wirkt sich erlebte sexuelle Gewalt aus, weil sie fast nirgendwo ausgesprochen und bearbeitet werden kann. Traumatisierte männliche Kriegsteilnehmer geben die erlittene Gewalt häufig in Form von «privater» häuslicher Gewalt an Frauen und Kinder weiter, sodass auch die nächste Generation Gewalttraumata aufgebürdet bekommt. «Ich bin so gestresst durch den Krieg. Es ist unvermeidbar, dass ich meine Frau schlage», so ein mazedonischer Ex-Soldat zu den Autorinnen von «Women, War, and Peace». Junge Männer aus solchen Familien werden als Erwachsene häufig Täter, um die erlittene Gewalt zu «bewältigen». Mädchen schaffen es oft nicht, sich aus der Opferrolle zu befreien und werden als Frauen erneut zu Gewaltopfer.

Viele von Generälen abgeschlossene Friedensabkommen sind schlecht ausgehandelt. Oft steht die Aufteilung von Machtpründen im Mittelpunkt und nicht die Befriedung und Gesundung der Gesellschaft. Kriegsverbrecher entgehen der Strafe, sie erhalten nicht selten Amnestie oder werden mit neuen Posten in der Regierung, der Polizei oder im Militär «belohnt». Gelder werden meist nicht für die Opferhilfe oder für Justizprozesse und Wahrheitskommissi-

onen ausgegeben, sondern dafür, dass bewaffnete Männer neue Perspektiven erhalten. Don Steinberg formuliert es so: «Men with guns forgive other men with guns for crimes against women.²» Die Privilegien für ehemalige Militärs und die Unterordnung der Frauen werden damit besiegelt.

Der Slogan *No Women – No Peace* gilt deshalb in doppeltem Sinne. Frauen müssen einen Friedensprozess so gestalten können, dass auch die weibliche Hälfte der Gesellschaft davon profitiert und ein von Frauen mit geprägter Frieden garantiert auch für den männlichen Teil der Gesellschaft Nachhaltigkeit.



Liberia – ein Beispiel

In Liberia tobte zwischen 1989 und 2003 ein Bürgerkrieg. 2001 lancierten Friedensaktivistinnen in vielen Ländern Afrikas ein Friedensnetzwerk. Dem liberianischen Zweig des Netzwerkes steht noch heute *Leyman Gbowee* vor, eine der drei Nobelpreis-Trägerinnen 2011. Mit anderen Frauen gründeten sie eine Bewegung, die sie «Massenaktion der Frauen von Liberia für den Frieden» (Liberia Mass Action für Peace) nannten. Sie orientierten sich an ihren gemeinsamen Werten und holten Frauen aus Kirchen und Moscheen in ihr Netzwerk. Zusammen gingen sie, ganz in weiss gekleidet, zu Tausenden auf die Strassen; viele waren von den Kriegsgräueln gezeichnet. Sie wollten die Kriegsparteien zur Vernunft zu bringen,

Von links: Tawakkul Karman, Leylah Roberta Gbowee und Ellen Johnson-Sirleaf.

*Ruth-Gaby Vermot-Mangold
Die Berner SP Politikerin war im Stadtrat, Grossrat und von 1996-2007 im Nationalrat, sowie im Europarat tätig. Sie initiierte das Projekt 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005, heute Peace Women across the globe. Mit der Ausstellung zum Projekt wird die Präsenz von Friedensfrauen in vielen Städten und Gebieten der Welt, in den Ungremien wie andern weltweiten Organisationen immer wieder thematisiert und sinnlich wahrnehmbar gemacht.*

sprachen beim damaligen Präsidenten vor und verhandelten mit den Führern der bewaffneten Rebellen und forderten sie auf, ins Zivilleben zurückzukehren. Die Frauenbewegung liess sich nicht mit Versprechen abspeisen; sie wollten den zerbrechlichen Friedensprozess mitgestalten. Als das Entwaffnungsprogramm der UNO zu scheitern drohte, übernahm die Frauenbewegung die Führung. Sie diskutierten mit den bewaffneten Männern in den gefährdeten Zonen, drängten zur Rückgabe der Waffen und führten öffentliche Friedensgespräche, die durch die vielen Lokalradios übertragen wurden. 2005 unterstützte die Frauenbewegung die Wahl von *Ellen Johnson-Sirleaf*. Mit ihr wurde erstmals eine engagierte Feministin zur Präsidentin von Liberia gewählt.³ «Ma Ellen», wie die Präsidentin genannt wird, initiierte in der Übergangsphase zwischen Krieg und Frieden verschiedene Verwaltungsreformen, kämpfte gegen überholte traditionelle Vorschriften und gegen Korruption. Frauen erhalten seit ihrer Präsidentschaft aufgrund neuer Gesetze staatlichen Schutz vor Vergewaltigung und häuslicher Gewalt. Ausserdem wurde Frauen sofort das Recht auf eigenen Besitz gesetzlich ermöglicht. Als Teil der UN-Friedensmission sorgte eine Polizei, die ausschliesslich aus Frauen bestand, für Sicherheit in der Hauptstadt. Ma Ellen bestand darauf, dass in der liberianischen Polizei ebenfalls Frauen eingesetzt werden. Liberia ist nach wie vor kein perfektes Land, es ist arm und leidet noch immer unter den Kriegswirren. Aber Liberia versucht, die Zeit nach dem Krieg sorgfältig zu gestalten und den vielen traumatisierten Menschen eine Perspektive zu geben. Die Frauenbewegung hat einen grossen Anteil an den positiven Veränderungen

Völkerrechtlich verbindlich!

Frauen, die schon heute als Mediatorinnen und Friedensfrauen in Friedens-

prozessen oder Prozessen zu Konfliktbearbeitung involviert sind, beklagen den Mangel an logistischer Unterstützung (Unterkünfte, Kinderbetreuung, Sprachen, Finanzen) und den Mangel an verbindlichen internationalen Instrumenten, auf die sie sich in schwierigen Verhandlungen stützen können. Die Resolutionen, welche in den letzten zehn Jahren vom UN-Sicherheitsrat geschaffen wurden, sind bekannt; es sind dies die Resolutionen 1325 zu «Women, Peace and Security», die Resolution 1820 gegen die sexuelle Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten und die die Resolution 1888, welche eine Politik der Null-Toleranz hinsichtlich Vergewaltigung als Kriegswaffe fordert. Die drei Resolutionen sind – erstmals – völkerrechtlich verbindlich!

Der Herrenklub des UN-Sicherheitsrates scheint erkannt zu haben, dass die Rollen von Frauen und Männern friedliche oder kriegerische Zustände auf der Welt entscheidend mitprägen. Folgerichtig steht im 1. Paragraph der Resolution 1325, dass die Beteiligung von Frauen bei Friedensprozessen auf allen Entscheidungsebenen – lokal, regional und international – für die Verhinderung und die Lösung von Konflikten unabdingbar sei. Die weiteren Forderungen nach Ernennung von mehr Frauen zu UN-Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen, als Militärbeobachterinnen und Zivilpolizistinnen sowie als humanitäres Personal sind folgerichtig. Der Einbezug einer Geschlechterperspektive in UN-Friedenseinsätzen und Friedensabkommen, in lokalen Friedensinitiativen soll selbstverständlich werden.

Umsetzung ohne Dynamik ?

Alles ist eigentlich da, um lokale, regionale und internationale Friedensinitiativen mit und durch Frauen zu ermöglichen. Aber die Umsetzung der Resolution 1325 geht nur schleppend voran. Es fehlt der politische Wille der Verantwortlichen – meist Männer – auf

allen Ebenen, es fehlt das Geld. Die Tatsache, dass die Resolution keine Quoten, keine Fristen und kein klares Monitoring-System enthält, droht sie zahnlos zu machen, eine Kritik, die sogar Generalsekretär Ban Ki-Moon in seinem Jahresbericht von 2009 äusserte!

In den *Parlamenten und Regierungen* sieht es mit der Frauenvertretung eher schlecht aus. Einzige Lichtblicke sind die nordischen Parlamente und eben auch Ruanda mit einem Frauenanteil von 48.75%. Ebenso düster sieht es beim Anteil von *Polizistinnen* nach Reformen des Sicherheitssektors aus. Die meisten Reform-Programme scheinen doppelt blind zu sein: geschlechterblind und minderheitenblind. Und dies, obwohl der Polizeiapparat ein Schlüsselfaktor für die Prävention weiterer Konflikte darstellt und nur dann stabil und zukunftsfähig sein kann, wenn er repräsentativ für die Bevölkerung ist.

Die *Nationalen Aktionspläne* zur Umsetzung der Resolution 1325 sehen noch immer dürrig aus. Trotz Appellen des früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan sind bislang nur 26 von 192 UN-Mitgliedsstaaten der Aufforderung gefolgt⁴. Femmes Africa Solidarité hat kürzlich eine Zusammenfassung⁵ der National Action Plans verschiedener afrikanischer Länder veröffentlicht. Geplant sind Netzwerke zwischen verschiedenen Frauen- und Friedensorganisationen, was jedoch aufgrund der vergangenen oder aktuellen Feindschaften oft nicht einfach ist. In den National Action Plans von Rwanda und Burundi geht es jedoch um den konkreten Dialog, internationale Gesetze werden übernommen und die Frauenrechte einbezogen. Frauen sollen im Sicherheitssektor mitbestimmen können, und neu sollen Kriegesverbrechen bestraft werden. Budgets für die Friedensarbeit werden angedacht – was eine Neuheit ist, gab es doch vorher nur Armee- und Kriegsbudgets. Das sind ermutigende Informationen – aber die Umsetzung ist schwierig.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Seufzer des frustrierten damaligen US-Präsidenten Bill Clinton nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern im Sommer 2000: «If we'd women at Camp David, we'd have an agreement», sowie die Aussage der palästinensischen Aktivistin Sumaya Farhat-Naser: «There were no women present who could have acted as guides».

Düstere Prognose der UN

Die Prognosen sind düster! Wenn die Frauenförderung in der UN im bisherigen Tempo weitergehe, errechnete der frühere UN-Sondergesandte Stephen Lewis, sei das Ziel von 50 Prozent Frauen in der Genfer UN-Abteilung erst im Jahre 2072 und in der New Yorker Abteilung Friedensmissionen im Jahre 2100 erreicht. Er sehe ein strukturelles Versagen der UNO auf allen Ebenen: «Intern wie extern haben die Vereinten Nationen kontinuierlich gegenüber den Frauen der Welt versagt.» Die Diskriminierung der Frauen gehe so weiter wie bisher, auch bei Resolution 1325: «Frauen waren nirgendwo an den Friedentischen. Es ist, als ob die Resolution überhaupt nicht existieren würde.» Ähnliches drohe auch der Resolution 1820: «Wenn etwas aufs Papier gebracht wird, fühlt niemand mehr die Verpflichtung, es umzusetzen.» Man müsse sich fragen: «Würde so etwas passieren, wenn das Männer wären? Die Antwort ist nein. Man kann sich so ein Vorgehen nur erlauben, weil es sich um Frauen handelt.»⁶

Nobelpreis als Signal

Hunderttausende von Friedensfrauen weltweit erwarten,

- dass die einschlägigen Resolutionen zu 100 Prozent umgesetzt werden,
- dass es selbstverständlich wird, dass an allen Friedentischen dieser Welt zur Hälfte Frauen sitzen,
- dass in den Parlamenten, Regierungen, Justiz- und Polizeisystemen und ande-

ren Gremien von Nachkriegsländern Frauen zahlreich/häufig vertreten sind,

- dass in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen zur Konfliktprävention, Frühwarnung und Konfliktbearbeitung zur Hälfte Frauen sitzen,

- dass es zu einem Ende der Straflosigkeit kommt – Kriegsverbrecher müssen konsequent verurteilt und Opfer rehabilitiert und entschädigt werden.

- dass der nächste Generalsekretär eine Frau wird,

- dass die UN zur Hälfte von Frauen geführt wird, und

- dass die Hälfte ihrer Dienste Frauen und Mädchen zugute kommt.

Dass Frauen an Friedentischen die Welt verändern können, haben sie längst bewiesen! «Frauen müssen sich aus Verantwortung für Friedensverhandlungen, die gelingen, ihre Rechte nehmen. Gegeben werden sie ihnen nicht»⁷. Die drei Friedensnobelpreisträgerinnen 2011 setzen weltweit ein Signal!

¹ Ellen Johnson Sirleaf, Elisabeth Rehn, *Women, War, and Peace*, New York 2002

² Don Steinberg, *Make Forced Marriage a Crime against Humanity*, *Christian Science Monitor*, 9 June 2008: Männer mit Waffen vergeben anderen Männern mit Waffen für Verbrechen gegen die Frauen».

³ Soeben wurde Ellen Johnson-Sirleaf wieder als liberianische Präsidentin bestätigt.

⁴ Es sind dies: Belgien, Chile, Dänemark, Elfenbeinküste, Ghana, Grossbritannien, Island, Liberia, Niederlande, Norwegen, Österreich, Philippinen, Portugal, Schweden,

⁵ National action Plan on the Implementation of UN-Security Council Resolution 1325 in Burundi, Democratic Republic of Congo and Rwanda, Femmes Afrca Solidarité FAS, Minister of Foreign Affairs of Finland and with the support of the Government of Finland, oJ.

⁶ Remarks by Stephen Lewis, UN Special Envoy for Aids in Africa, 6.7.2006, http://dawn.thot.net/stephen_lewis.html; Stephen Lewis, Statement on Women, HIV/Aids and the Role of the United Nations, 1.12.2006, <http://v1-dpi.org>; Interview with Stephen Lewis, ips 6.3.2009

⁷ Aussage von Ute Scheub, Journalistin und Publizistin aus Berlin, Koordinatorin PWAG für Europa. Ute Scheub hat massgeblich an den Inhalten der Ausstellung «No Women – No Peace» von PWAG mitgewirkt. Viele der Passagen dieses Textes sind aus ihrer Feder.

Zahlen zum Verzweifeln!

Daten und Zahlen über die Teilnahme von Frauen an Friedensverhandlungen sind mager. Bisher wurden diese wichtige Informationen durch keine Behörde oder Organisation systematisch gesammelt. Wer sucht, findet jedoch trotzdem einige Hinweise:

So führte UNIFEM 2009 eine zwar zahlenmässig begrenzte, aber dennoch repräsentative Studie durch. Sie analysierte 24 wichtige Friedensprozesse, die zwischen 1992 und 2008 stattfanden, und stellte fest, dass dabei 2,5 % der Unterzeichnenden, 3,2% der MediatorInnen, 5,5% der ZeugInnen und 7,6% der Verhandelnden Frauen waren. Die Friedensverhandlungen in Indonesien, Nepal, Somalia, der Philippinen, der Elfenbeinküste und der Zentralafrikanischen Republik wurden ausschliesslich von Männern geführt.

Seit der Annahme der Resolution 1325 durch den UNO-Sicherheitsrat hat die Zahl der Frauen in den Verhandlungsdelegationen kaum merklich zugenommen, Frauen werden zudem kaum von der UNO als Friedensmediatorinnen oder Verhandlungsteilnehmerinnen eingesetzt. Dabei zeigte gerade Graca Machel als Vermittlerin in Kenia 2008, dass Frauen als Verhandelnde

eine wichtige Rolle spielen können. Der Frauenanteil in jenen Verhandlungsdelegationen, betrug durchschnittlich 5,9 Prozent, derjenige bei den anwesenden BeobachterInnen lag bei 5,5 Prozent. Die Anwesenheit von Beobachterinnen ohne Stimmrecht hatte übrigens einen gewissen Effekt und sorgte dafür, dass Menschen- und Frauenrechte oder die politische Partizipation von Frauen in den Friedensabkommen zumindest erwähnt wurden.

Eine ähnliche Studie überprüfte 33 Friedensverhandlungen, die zwischen 2005 und 2007 stattfanden, und fand heraus, dass nur 4% der Teilnehmenden – 11 von 280 – Frauen waren. Bei Friedensverhandlungen auf Regierungsebene waren 7% Frauen in der Delegation. Und nur 16% von 589 Friedensübereinkommen, die zwischen 1990 und 2010 abgeschlossen wurden, bezogen sich auf Frauenforderungen: in 9 Übereinkommen wurden Frauenquoten für Parlament und Regierung ausgehandelt. In deren 5 wurden auch Frauen als Mitarbeiterinnen in der Polizei akzeptiert, oder man kündigte eine «gendergerechte Polizeireform» an. In 4 Übereinkommen sollte die Gleichstellung in der Justizbehörde eingeführt werden, und in weiteren 4 Texten wurden Frauen oder die Gleichstellung im öffentlichen Sektor erwähnt.